

**Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Preußischen Ermächtigungsgesetzes vom 18. Mai 1933 (28. Mai 2013)**

*Rede des letzten SPD-Fraktionsvorsitzenden im Preußischen Landtag Paul Szillat vom 18. Mai 1933*

*[Vollständiger Wortlaut der kurzen Rede]*

„Die Sozialdemokratische Partei und ihre Vertreter in den Parlamenten des Reichs, der Länder und der Kommunen haben gemäß ihrer grundsätzlichen Einstellung auch nach der politischen Umwälzung versucht, ihre politische Tätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Grenzen auszuüben. Diese Betätigung ist ihnen in immer zunehmenden Umfange trotz ihrer Gesetzlichkeit eingeengt worden. Neben dem Verbot unsrer Presse erfolgten Zwangsmaßnahmen und die Inhaftnahme eines großen Teils unserer Mitglieder, Funktionäre und Abgeordneten sowie die Beschlagnahme unsres Parteivermögens. Die Tätigkeit der verfassungsmäßig bestehenden Partei ist daher in Wirklichkeit nahezu unmöglich. Wenn die Staatsgewalt die Ausschaltung der Sozialdemokratischen Partei aus dem politischen Leben unserer Nation nicht durch Zwangsmaßnahmen, sondern durch geistige Überwindung will, so hat sie es bei der Totalität ihrer Macht in der Hand, diesen Erfolg durch Umänderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in sozialistischem Sinne, im Sinne einer sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit für den schaffenden Menschen zu erreichen. Geistige Überwindung kann auf dem Boden innerer Gleichberechtigung erfolgen, die wir als notwendige Voraussetzung für das Zusammenleben unseres Volkes fordern. (Zurufe von rechts: Jetzt auf einmal?!) Solange uns jedoch diese Gleichberechtigung versagt ist, sind wir nicht in der Lage besonders nach den Erfahrungen, die mit der Ermächtigungsgesetzgebung des Reiches zusammenhängen, einem Ermächtigungsgesetz in Preußen, das eine Mitwirkung der parlamentarischen Vertretungen vollkommen ausschließt, unsre Zustimmung zu geben. Wir lehnen daher den Gesetzentwurf ab.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. : Sitzungsberichte Landtag 1933, Band 1 (Einziger Band), S. 35 f.